

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auflage monatlich M. 30,-, über durch die Post bei täglich zweimaligem Verband monatlich M. 35,-.
Die typischen 32 mm breite Zeile M. 9,- außerhalb Sachsen M. 11,-. Familien-Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1 Pauschal-M.- und Werbung 5% Nachsch. Vorzugspläne laut Tarif. Auslandserklärungen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2,-, Sonntagsausgabe M. 2,50.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Zeitungsschiff: Nachrichten Dresden.
Telefon-Sammelnummer 25 241
Gut für Nachgelehrte: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattig. - Unverlangte Schriftliche werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Gieseck & Reichard in Dresden.
Postleitzahl-Kontrolle 1068 Dresden.

Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)

Bahnhofstation: Geising-Altenberg
Kipperdorf: Stadl. Kraftwagenlinie Georgenfeld

In wundervoller Höhenlage von 900 m mit unvergleichlich schönem Fernblick auf die Sächsische Schweiz, das Riesengebirge und den Milleschauer

Sporthotel Lugsteinhof

O. Zimme

Sonnabends: Reunion — Sonntags: Künstler-Kapelle

Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)

Telegr.-Adr.: Lugsteinhof Zinnwald (Sachsen)
Fernsprecher: Lauenstein 58

Behagliche, vornehme Räume. Erskl. Verpflegung. Solide Preise. Pension: Zimmer einschl. reichlicher erskl. Verpflegung 300 M., ohne Verpflegung 100 M.

Ein Attentat auf Millerand.

Der verwechselte Wagen des Präsidenten.

Paris, 14. Juli. Nach einer Havas-Meldung wurde heute vormittag 11½ Uhr an der Ecke der Champs Elysées und der Avenue Marigny auf den Präsidenten Millerand, als dieser von der Parade zurückkehrte, ein Attentat verübt. Der Täter feuerte drei Revolverkugeln auf den vermeintlichen Wagen Millerands ab, in dem sich jedoch nicht Millerand befand, sondern der Polizeipräsident, während Millerand in dem an den Wagen des Polizeipräsidenten folgenden Wagen saß. Die Menge stürzte sich auf den Angreifer, der arg zugerichtet wurde, und wandte sich dann dem Wagen des Präsidenten Millerand zu und rief: „Zählen Sie nicht weiter, man hat tödlich geschossen.“ Millerand, der das Attentat nicht bemerkte hatte, gab Anweisung, den Wagen fortzuführen. Nachdem er bei seiner Ankunft im Château von dem Anschlag in Kenntnis gesetzt worden war, wurde er vom Polizeipräsidenten beglückwünscht. Der Angreifer ist ein gewisser Gustave Bouvet. Er ist 30 Jahre alt und Zeichner in einer Automobilfabrik.

Wie zu dem Attentat ergänzend berichtet wird, befand sich der Wagen des Polizeipräfekten von Paris gerade auf der Rückfahrt von der aus Anlaß des Nationalversammlungsauges am 14. Juli vorigen Abend stattfindenden Parade. Der Polizeipräfekt stand unverwundet. Der Täter hat nach seiner Verhaftung eingestanden, daß er bestimmt habe, den Polizeipräfekten Millerand zu erschießen.

Paris, 14. Juli. Der Urheber des Attentatsversuches auf den Präsidenten Millerand gehört der Kommunistischen Partei an und ist mehrfach vorbestraft. Er erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Optimismus des englischen Schatzekretärs.

London, 14. Juli. (Unterhaus.) Bei der dritten Lesung der Finanzvorlage hielt der Schatzsekretär eine Rede, in der er u. a. sagte, die Voranschläge hätten sich bisher als vollkommen richtig erwiesen. Die Finanzlage des Landes habe sichständig verbessert. Der englische Kredit stehe höher als vor 3 Monaten. Der Wert des Pfundes sei höher als zu irgendeiner Zeit seit 1914. Die große Verbesserung, die in Deutschland eingetreten sei, verursache natürlich ernste Besorgnis. Diese Angelegenheit werde im Einvernehmen mit den Alliierten baldigst behandelt werden. Ein weiterer Ausschuß sei nicht möglich. Das Haus werde sicherlich bei der gegenwärtigen politischen Lage darauf verzichten, irgend welche besonderen Einschätzungen über das was vorgeht zu erhalten. Die Beziehungen Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten und die Frage, der englischen Schulden in Amerika beschäftigen die Regierung dauernd. Die Schulden an Amerika seien Ehrenschulden und würden unbedingt abgetragen werden. Der Konsul von den Vereinigten Staaten empfängen Aufforderung, die Frage der Auslieferung der Schulden zu erwägen, werde folglich gegeben werden. England sei heute in einer stärkeren Position als jemals seit dem Waffenstillstand. Zum Schlus seiner Rede sagte Sir Robert Horne, es sei kein Grund vorhanden, die gegenwärtige Lage verzweifelt anzusehen. Er glaube, es werde ein Weg gefunden werden, um die ernsten Gefahren auf finanziellem Gebiete zu vermeiden und in dieser Beziehung werde England eine große Rolle spielen können.

Zusammenschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen.

Berlin, 14. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen haben am Freitagabend nach Vorbesprechung der bisherigen Fraktionsvorsitze in geheimer Sitzung den überwiegenden Beschluss gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Dieser Beschluss wird im Laufe des Sonnabends der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell bekanntgegeben werden. (wbd.)

Geringe Entspannung in der inneren Krise.

Berlin, 14. Juli. Wie zur parlamentarischen Sitzung mitgeteilt wird, ist die Gefahr einer Reichstagsauflösung wieder etwas in die Ferne gerückt. Von allen Seiten wird auf einen Ausgleich hingearbeitet. Was die Frage der Annahme des Haushaltsgesetzes in dritter Lesung betrifft, so sei noch Befestigung augenscheinlich noch vorhandener Hindernisse damit zu reden, daß dieses Gesetz in letzter Lesung angenommen wird. Die Frage der Kabinettserweiterung ist noch nicht geklärt. Eine Regierung der Demokraten werde der Reichskanzler wahrscheinlich folge leisten und von sich aus zunächst ohne Befragung der Fraktionen eine Rekonstruktion des Kabinetts vornehmen. Gestern abend hat eine informelle Besprechungsstunde Unabhängigen Sozialdemokraten Dr. Hilferding und Dr. Breitscheid mit dem Reichskanzler stattgefunden. Wie verlautet, trägt Dr. Wirth mit der Absicht, Dr. Hilferding als Fachminister in die Regierung zu berufen und das freie Portefeuille des Wiederaufbauministeriums zu übertragen. Gleichzeitig wolle er einem Mitglied der Deutschen Volkspartei oder wenigstens einem ihr nahestehenden Politiker oder Wirtschaftler den valentinen Posten des Außenministeriums antragen. In Frage soll hierbei vor allem der frühere volksparteiliche Reichschauspieler

(Hört, hört!) Die Vorlage wurde darauf in dritter Lesung angenommen. Hierauf vertrat sich das Unterhaus. (W. T. B.)

Cloyd George stellt die Vertrauensfrage.

London, 14. Juli. Cloyd George teilte im Unterhause mit: Die Regierung werde bei der Abstimmung am nächsten Montag die Vertrauensfrage stellen. Es handelt sich um einen von 279 Mitgliedern des Hauses unterzeichneten Antrag, nach dem ein besonderer Aufschluß zur Berichterstattung darüber ernannt werden soll, welche Veränderungen gegebenenfalls notwendig seien, um sicher zu stellen, daß Auszeichnungen u. s. w. nur als Belohnung für öffentliche Verdienste gewährt werden.

Herabsetzung der Eisenbahntarife — in England.

London, 14. Juli. Nach einer längeren Unterhandlung mit den Vertretern der englischen Industrie und den Eisenbahngewerkschaften ist ein Abskommen unterzeichnet worden, wonach die Eisenbahntarife herabgesetzt werden, und zwar auf der Grundlage der Werkriegszeit.

Die Bankiers sollen wieder helfen.

Paris, 14. Juli. Zur Antwortnote der Reparationskommission auf die Note der Kreisgeldstoffscommission vom 13. d. M. schreibt der „Petit Parisien“: Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Fragen in den nächsten Tagen gemeinsam angeschnitten werden, nämlich die Bedingungen des Moratoriums und die Bedingungen einer Anleihe. Was das Moratorium anlangt, so scheint man französisches Interesse nur zu wollen, wenn sich Deutschland in Zukunft enthalt, seinen inneren Zahlungen die tatsächliche Priorität vor denen zu geben, die es auf Reparationskonten zu leisten hat. Anderseits bemüht man sich auf britischer Seite, festzustellen, ob es möglich sei, eine neue Zusammenkunft der Bankiers herbeizuführen, damit unter besserer Bedingung als im Mai die etwaige Begebung einer Anleihe für Deutschland geprüft werde. (wbd.)

Französisch-amerikanische Finanzbesprechungen.

Paris, 14. Juli. Neben die geistige erste Besprechung der französischen Finanzdelegierten Parmentier, Léonard und Baier mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon erfährt der Vertreter von Bonn in Washington, daß das amerikanische Schatzamt Parmentier um Einreichung von Berichten über die französischen Budgets des vergangenen, des laufenden und des kommenden Jahres, um die Statistik der französischen Produktion, des französischen Handels und der französischen Ein- und Ausfuhr ersucht habe, die ihm nur unvollständig vorlagen. Selbstverständlich könnten auch über alle übrigen Fragen zweckdienliche Auskünfte gefordert werden. Nach Zusammensetzung des Allianztes werde Mellon sofort die Kommission zusammenrufen, vor der Parmentier die nötigen Erklärungen abgeben werde. (W. T. B.)

Allieter Einspruch gegen die Ausländer-Wohnungssteuer in Berlin.

Berlin, 14. Juli. Einem Mittagblatt aufgezeigt werden die Alliierten gegen eine vom Magistrat beschlossene erhöhte Beherbergungssteuer für Ausländer auf das Konto des bisherigen Betrags Einspruch erhoben haben. Die Aenderung der Steuerordnung liegt jetzt dem preußischen Minister des Innern zur Genehmigung vor.

■ Nun aber kommen. Eine Entscheidung über diese Dinge dürfte aber erst dann fallen, wenn der Reichspräsident Ebert aus Freudenstadt in Berlin eingetroffen ist.

Kortanty Ministerpräsidenten-Kandidat.

Warschau, 14. Juli. Nachdem der Staatschef auf die Bildung einer neuen Regierung verzichtet hatte, versammelte sich heute vormittag ein Hauptanschluß des Sejm an einer Sitzung und beschloß, seinen Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu designieren. Gewählt wurde Kortanty mit 219 gegen 206 Stimmen. (W. T. B.)

Warschau, 14. Juli. Der Staatschef Piłsudski richtete den Sejm in der Frage der Neubildung der Regierung eine Entschließung an, in der es heißt,

dass sie ein Kompromiß mit der Rechten und mit der mit dieser zu einem Block verbundenen Zentrumspartei zwecks Bildung einer Regierung entschieden ablehnt. Die Verantwortung für die aus dem Sturz der demokratischen Regierung hervorgegangene Krise falle auf die Parteien zurück, welche die Regierung Piłsudski stützen. Sie erachtet die Aufrechterhaltung des parlamentarischen Zusammenspielns im Kampfe gegen die Reaction für unerlässlich und werde ihr Verhalten gegenüber den Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten und seinem Kabinett nach obigen Voraussetzungen einrichten. (W. T. B.)

Mord an einem polnischen Journalisten.

Berlin, 14. Juli. Der Chefredakteur der polnischen Zeitung „Courier Podolski“, Marchlewski, wurde in der Redaktion von einem Mann erschossen, der vor einigen Tagen wegen Verleumdung dieses Blattes zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Täter ist festgenommen.

Die Gefährdung der Beamenschaft.

Als in den Stürmen der Revolution der deutsche Staat völlig aus den Fugen zu gehen drohte, erwies sich die hochrangende, aus Pflichtgefühl und Disziplin errichtete Beamenschaft als festester Träger des deutschen Staatsgefüges, sie wurde um so mehr zur einzigen Stütze der staatlichen Autorität, als Revolutionsgeist und Feindschaften die anderen Machtmittel des Staates zerstörten oder lähmten. So gab sie in erster Linie unter den aller schwierigsten Verhältnissen der demokratischen Republik den Rückhalt, ihren Staat zu errichten; denn sie war in ihrer Gesamtheit unpolitisch, war in Jahrhunderts langer Tradition daran gewöhnt, ihre dientliche Pflicht über alles zu stellen. Sie war vor dem Kriege das Muster für andere Staaten und hat sich trotz aller erlebenden Einfälle bis heute in ihrem Kern gesund erhalten. Und nur mit tiefster Besorgnis kann man heute die Mächte am Werk sehen, welche die den Staat tragende Säule unterminieren, die wie die Gewerkschaften Beamtenhäuser und Säulen ihrer proletarischen Kampforganisationen angehören, und die wie das Gesetz über die Pflichten der Beamten eine republikanisch-demokratische Beamenschaft an Stelle des bisher von Politik unbeeinflußten Beamtenkörpers setzen wollen. Hier wie dort das gleiche Ergebnis, die Parteipolitik in die Reihen der Beamten zu tragen, hier in blindem Republikanisierungseifer das feste Gespüre des Beamtenkörpers zu lösern, den Beamten ihre verfassungsmäßigen wohlerworbenen Rechte zu schmälern, dort die Beamenschaft zum allergefährlichsten Kampfvergnügen gewerkschaftlicher Mächtigkeiten zu machen. Die Kosten muß einmal die Beamenschaft tragen, die in der Streitpropaganda Mennies und seiner Anhänger Maulwürfe an der Arbeit sieht, um das Berufsbundentum zu untergraben, zum andern aber auch der Staat, der drauf und dran ist, seine Hauptkräfte zu zerstören.

Die Gefahr, die heute dem Berufsbundentum durch republikanische Überreiter droht, ist um so größer, als die Beamenschaft selbst ihr nicht mehr geschlossen gegenübersteht. Der kleine K. der seit dem verhängnisvollen Eisenbahnerstreik, seit der Streitzeit Mennies und Scharschmidts wegen der Stellungnahme zum Berufsbund durch die Beamenschaft steht, und der in der Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes nur mühsam überbrückt worden war, hat in dem Strudel der inner- und außenpolitischen Ereignisse leider nur zu wenig beachtet, zur offenen Spaltung geführt. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellter ist während der Leipziger freigewerkschaftlichen Tagung in die offenen Arme der sozialistischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften gelaufen und hat unter dem Zulauf aus anderen radikalen Beamtenkreisen in dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde eine neue Spartenorganisation geschaffen, die nach ihren Satzungen zwar — wie auch die freien Gewerkschaften — parteipolitisch neutral sein will, in Wirklichkeit aber eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem in der Hauptfahrt aus Eisenbahnarbeitern bestehenden sozialistischen Eisenbahnerverband geschlossen hat. Diese neue Organisation hat sich damit zu der längst ersehneten Beamtenhälfte der sozialistischen freien Gewerkschaften und zu einem Hauptwerkzeug der immer mehr auf politisches Gebiet übergreifenden Kampfziele des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gemacht. Das unbedingte Streitziel ist ihr erstes Ziel. Kein Wunder, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund die neuen Kampfgruppen Mennies mit überwältigender Freude begrüßt hat, geben sie ihm doch eine neue Möglichkeit, die Hand an die Kugel des Staates zu legen, wenn es ihm angezeigt erscheint, eine Möglichkeit, die bisher noch immer an der treuen Pflichterfüllung der geschlossenen Beamenschaft gearbeitet ist.

Die erste Freiheit ist geschlossen. Nicht nur gegen den geschlossenen Aufbau der Beamtenorganisation, sondern, was noch viel schlimmer ist, gegen das Berufsbundentum überhaupt, gegen das die Sozialisten seit langem Sturm laufen. Ein Beamter ist kein Angestellter oder Arbeiter. Er ist unfindbar angehellt, kann also auch das Arbeitsverhältnis nicht willkürliche brechen. Er ist pensionsberechtigt und hat sehr beachtliche Vorteile, die aber auch in erhöhter Pflichterfüllung ihren Ausdruck finden müssen. Das ist oft belogen worden, und mit Recht hat der Vorsteher des Deutschen Beamtenbundes, der Vohrer, klagli, sein den Vorbüttel der Beamten ablehnendes Programm in dem Tage abgelehnt: „Ein Beamter, der streikt, hört auf Beamter zu sein“. Das ist die klare Erkenntnis der Sonderstellung des Berufsbundentums, dessen Sturm heute wie immer die Aufgabe jedes Beamten und jedes seiner gehorchnahenden Bürgers sein muss. Der Bundestag der Beamten hat sich im April mit nahezu Zweidrittelmehrheit hinter seinen Vorstüben gestellt und damit die Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, daß die Beamenschaft mit den klassenfeindlichen Arbeitnehmergewerkschaften nichts gemein haben darf. Und die sehr starke Mehrheit, die diese Stellungnahme des politisch neutralen Beamtenbundes trotz der verschiedenartigen Parteieneinstellung der einzelnen Mitglieder gefunden hat, zeigt, daß die Beamenschaft die Gefahr richtig erkannt hat, die ihrer Stellung und dem Staat, mit dem sie auf Gedecht und Verderb verbunden ist, durch die radikale Widerheit droht. Es handelt sich um eine Minderheit, wenn auch die